

Die Milliardenvermögen sind das Problem

und deren Übervermehrung
ist die eigentliche Ursache der Finanzkrise

Von Günther Moewes

In den Politikerreden am Aschermittwoch tauchte zur Finanzkrise immer wieder die gleiche Behauptung auf: „Verantwortungslose Manager haben in wenigen Wochen kaputt gemacht, was Millionen Werktätige mit ihrer Hände Arbeit in Jahrzehnten aufgebaut haben.“ Der erste Teil dieser Aussage ist auf verhängnisvolle Weise falsch. Es wird der Eindruck erweckt, ohne die Verantwortungslosigkeit der Banker und Manager hätte es keine Finanzkrise gegeben. Genau diese Fehleinschätzung führt zu dem fatalen Irrtum, die Krise könnte durch bloße Finanzmarktkontrolle und noch mehr Milliardenzuwendungen überwunden werden.

Der erste Teil der Aussage ist auch unter anderem deshalb so falsch, weil der zweite Teil, der Relativsatz, so richtig ist: Alles, was jetzt „kaputt gemacht“ wurde, wurde zuvor von Millionen Arbeitenden in Jahrzehnten erwirtschaftet. Denn es gibt grundsätzlich keine Wertschöpfung außer durch Arbeit, sei es von Menschen oder von Maschinen. Kapitalrenditen sind keine Wertschöpfung sondern nur Abschöpfung¹⁾. Auch die Vergrößerung von Geldmengen oder Kreditvolumen stellt für sich zuerst einmal keine Wertschöpfung dar. Sie kann immer nur dann zu einer Wertschöpfung führen, wenn sie in die Realwirtschaft fließt. Von der Realwirtschaft wurden aber vor der Finanzkrise bekanntlich nur 6 bis 20% (je nach Quelle) für Realinvestitionen benötigt. Der Rest war und ist überflüssiges Zockerkapital.

Es ist richtig, dass eine der Ursachen der Finanzkrise in der aberwitzigen Aufblähung des Geld- und Kreditvolumens liegt. Und es ist natürlich auch ein Skandal, dass das

Erfinden, Bündeln, Verstecken und Abschieben „toxischer“ Kredite und Papiere bis heute nicht verboten wurde. Es ist auch richtig, dass es einer wesentlich strengeren Kontrolle der globalen Finanzmärkte bedarf. Es ist aber nicht richtig, dass allein durch eine bessere Kontrolle des Kreditvolumens und der Finanzmärkte künftige Katastrophen zu verhindern sind. Wer so denkt, verkennt die eigentliche Ursache der Krise und schafft so die Voraussetzungen für die nächste.

Für die Aufblähung des Kreditvolumens werden verschiedene Ursachen verantwortlich gemacht:

- die von der US-Zentralbank erzeugte Geldschwemme
- die Leichtfertigkeit der Kreditvergabe in den USA
- die verhängnisvolle Lockerung der Eigenkapitalregelungen in den USA und durch Basel II

Wir können an dieser Stelle nicht die Diskussion führen, ob ein Großteil der Kreditaufblähung aus „Geldscham“²⁾ besteht, oder wie weit immer noch die gute alte Regel gilt, wonach die gesamten Geldvermögen und die gesamten Schulden weltweit oder „in geschlossenen Systemen“ gleich sein müssen. Wir können uns auf die Feststellung beschränken: Durch die aberwitzigen Milliarden privater Geldanhäufung ist das Kreditvolumen mit Sicherheit nicht kleiner geworden. Andernfalls müssten irgendwo Milliarden unter gewaltigen Matratzen versteckt sein. Es kann also nicht sein, dass Kreditexpansion und Finanzkrise nichts zu tun haben mit der Übervermehrung der privaten Geldvermögen und der daraus resultierenden Ungleichverteilung.

Die Übervermehrung und Ungleichheit der privaten Geldvermögen

Sehen wir uns deshalb diese Übervermehrung der Geldvermögen einmal genauer an: Im Januar 2009 veröffentlichte das renommierte DIW eine von der Hans-Boeckler-Stiftung geförderte Studie über die Verteilung der Geldvermögen in Deutschland im Jahre 2007³⁾, auf der Grundlage des jährlich erhobenen SOEP, des sozioökonomischen Panels. Bereits im November 2007 hatte das DIW eine Studie mit den Zahlen von 2002 veröffentlicht, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Damals besaßen 10% aller Erwachsenen über 17 Jahre bereits 57,9% aller Nettovermögen und die „unteren“ 50% besaßen im Schnitt Null. „Mit einer solchen Ungleichverteilung hatten wir nicht gerechnet“, staunte der Chefökonom des DGB. Hätte er aber wissen können⁴⁾. Und die Süddeutsche Zeitung wunderte sich, „dass die Wohlhabenden ihr Vermögen auch schneller vermehren“. „Ja, hatte man denn vorher gedacht, die null Vermögen der armen Bevölkerungshälfte vermehrten sich schneller?“ spottete ein Leserbrief.

Schon was diese Studie aufdeckte, war für die reichste und größte Exportnation der Welt ein Skandal. Wer aber nun mit einem Aufschrei der Regierung, der Opposition oder der Medien gerechnet hatte, wurde enttäuscht. Selbst die früher einmal Sozialdemokratische Partei ging mit einem Achselzucken zur Tagesordnung über oder verschärfte die Folterinstrumente für die ärmere Hälfte der Bevölkerung (Nettoeinkommenkürzungen wurden als „Rentenerhöhungen“⁵⁾ ausgegeben, Steuernachlässe für reichere Kinder, Praxisgebühr usw.). Als Folge kam es in der Studie von 2009 noch dicker: 2007 besaßen die 10% Reichsten bereits 61,1% aller Nettovermögen. Ihre Vermögen sind als einzige weiter gestiegen, während die Vermögen aller übrigen 90% im Schnitt gegenüber 2002 auch nominal weiter gesunken sind. Der Gesamtanstieg aller deutschen Vermögen der privaten Haushalte um 1,2 von 5,4 auf 6,6 Billionen Euro landete laut DIW zu mehr als drei Vierteln auf den Konten der 10% Reichsten. Der Begleittext der Studie konstatiert mit wissenschaftlich unterkühlter Deutlichkeit: An den 6,6 Billionen „hielten die obersten fünf Prozent 46% und das oberste Prozent 23% des gesamten Vermögens“. Wieder blieb der Aufschrei aus⁶⁾.

Das Beeindruckende an den Statistiken des DIW sind u.a. die äußerst präzisen Definitionen. Während ich 2004 noch in meinem Buch „Geld oder Leben“ damit zu kämpfen hatte, dass die Quellen Geldvermögen und Sachvermögen hoffnungslos durcheinanderbrachten, Aktien >

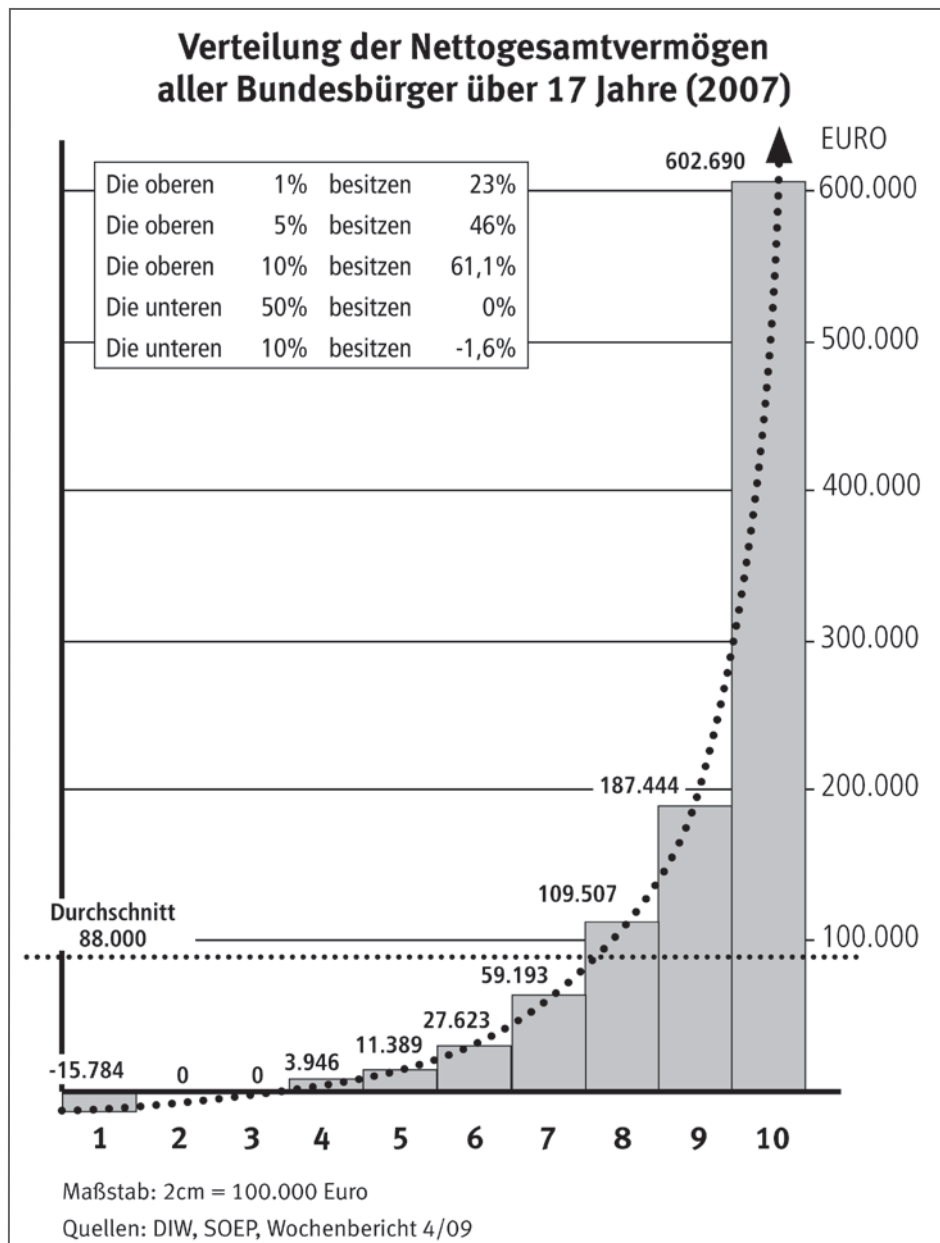


Abbildung 1

in die Geldvermögen einrechneten und Betriebsvermögen zum Teil ganz außen vor ließen, rechnet das DIW mit „individuellen Nettogesamtvermögen“. Das ist die „Summe aller geldwerten Güter“ „nach Abzug aller Verbindlichkeiten vom Bruttovermögen“, also vor allem von „Hypotheken- und Konsumentenkredit“. Auch Hausrat, haushaltseigene Kraftfahrzeuge und etwa 50% der Geldvermögen blieben aus erhebungsmethodischen Gründen des SOEP und der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ außen vor. Danach umfasst das individuelle Nettogesamtvermögen also: Geldvermögen, private Versicherungen, Bausparverträge, selbst- und fremdgenutzten Immobilienbesitz, Betriebsvermögen einschl. Beteiligungsvermögen (Aktien), sowie Schulden.

Das Geheimnis der zehnten Säule

Optisch wird das Ausmaß der Ungleichverteilung in der Studie in einem 10-Säulen-Diagramm deutlich gemacht, das

die prozentuale Verteilung auf je 10% der Bevölkerung zeigt. Wir haben diese Prozentangaben in absolute Euro-Angaben umgerechnet (*siehe Abb. 1*). Betrachten wir nun einmal die rechte Säule der 10% Reichsten. Die verfügen im Durchschnitt über ein Nettovermögen von 602.690 Euro, zusammen 4,033 Billionen. Löst man jetzt einmal die Säulen gedanklich in Einzelvermögen auf und ordnet diese nach Größe, so entsteht etwa die in der Grafik eingetragene Kurve. Am linken Rand der Säule befände sich dann das kleinste Vermögen der 10% reichsten 8,82 Millionen erwachsenen Bundesbürger. Es wäre etwa gleich dem größten Vermögen von Säule Nr. 9 und beträgt nach Aussagen des DIW 222.000 Euro. 222.000 Euro einschließlich selbstgenutzten Wohneigentums – das sind gerade mal 134.000 Euro mehr als das vom DIW errechnete Durchschnittsvermögen von 88.000 Euro. Das ist immer noch Mittelstand. Das fiele noch unter die derzeit diskutierte Freibeträge einer etwaigen Erbschaftssteuer. Gehören also alle schuldenfreien Besitzer eines selbstgenutzten Einfamilienhauses zu den 10% Reichsten im Lande? Oder umgekehrt: Gehören die meisten der (laut DIW) 38%

Besitzer von Wohneigentum nur deshalb nicht zu den 10% Reichsten, weil ihre Immobilie noch nicht abbezahlt ist? Und weiter: Besitzen 50% aller Erwachsenen vor allem deshalb nichts, weil ihr selbstgenutztes Wohneigentum erst zur Hälfte abbezahlt ist, sich Schulden und abgezahlter Teil also aufheben? Kann man da noch von „Übervermehrung der privaten Geldvermögen“ sprechen? Ist dieses Ausmaß von Ungleichverteilung wirklich ein Skandal?

Sehen wir uns nun einmal den rechten Rand der Säule an: Dort müsste bei Auflösung in Einzelvermögen das größte Vermögen Deutschlands liegen. Das gehört bekanntlich Karl Albrecht von den ALDI-Märkten und beträgt 20 Mrd. Euro⁷. Das ist das 227.000-fache des Durchschnittsvermögens aller Deutschen über 17 Jahre. Oder das 33.000-fache des Durchschnittsvermögens der 10% Reichsten aus Säule 10. Versuchen wir nun einmal dieses größte Vermögen Deutschlands in die Grafik einzuzeich-

nen. Nehmen wir an, dort entsprächen 2 cm 100.000 Euro. Das Durchschnittsvermögen von 88.000 Euro entspräche dann 176 Millimetern. Wie groß müsste dann die vertikale Linie am rechten Rand der Säule für das größte Vermögen von 20 Mrd. werden? Diese Frage stelle ich regelmäßig in meinen Vorträgen. Die bisher mutigste Schätzung lag bei zwei Metern. Tatsächlich entsprechen aber die 20 Mrd. des Karl Albrecht in dieser Grafik genau vier Kilometern. Sie sind in diesem Maßstab im Zeitschriftenformat nicht mehr darstellbar, allenfalls auf Logarithmen-Papier, und das entzieht sich bekanntlich – genau wie die 20 Milliarden – der menschlichen Vorstellungskraft. Vier Kilometer gegen 176 Millimeter Durchschnittsvermögen. Das ist das wirkliche Ausmaß der Vermögens-Asymmetrie in Deutschland. Die Frage, wie man diese ungeheuerliche Dimension vorstellbar machen kann, beschäftigt mich seit Jahrzehnten. In meinem Buch „Geld oder Leben“ habe ich seinerzeit als Maßeinheit die „Queen Mary II“ eingeführt. Die kostete damals 650 Mio. Euro. Danach beträgt das Vermögen der beiden Gebrüder Aldi zusammen über 58 „Queen Marias“⁽⁸⁾. Wir sehen jetzt: Trotz aller mutigen und beeindruckenden Einzelaussagen, wird das wirkliche Ausmaß der Ungleichverteilung in dem 10-Säulen-Diagramm auch nicht entfernt deutlich. Ihre ganze Dramatik wird in Säule Nr.10 versteckt, genauer gesagt: in deren äußersten rechten Teil. Das ist „das Geheimnis von Säule 10“. Und wir können jetzt präzisieren: nicht die „Übervermehrung der privaten Geldvermögen“⁽⁹⁾ ist das Problem, sondern nur die „Übervermehrung der privaten Milliardenvermögen“. Denn 90% der privaten Geldvermögen haben ohnehin abgenommen. Und bei dem vom DIW errechneten Durchschnittsvermögen von 88.000 Euro einschließlich Wohneigentum kann man ja nicht gerade von „Übervermehrung“ reden. Überhaupt sind nicht die Einkommen das Problem, sondern die Vermögen. Aber nicht einmal die Vermögen der 10% Reichsten, sondern vor allem die der Milliardäre und Multimillionäre. Nicht die der kleinen Ladenbesitzer, die sich mit fünf oder sechs Millionen zur Ruhe gesetzt haben. Nicht einmal die der Einkommensmillionäre unter den Ärzten oder Fußballstars. Die

eigentliche Verteilungsproblematik dürfte erst etwa ab 10 Mio. Euro anfangen, also bei zwei Metern von den vier Kilometern des Karl Albrecht.

Insgesamt besaßen 55 Milliardäre in Deutschland im Jahre 2007 zusammen 245,2 Mrd. Euro. Der Bundeshaushalt 2008 beträgt 283,2 Mrd. Heißt zu deutsch: Würde man nur auf die Vermögen dieser 55 Menschen eine Vermögenssteuer von 11,5% erheben, könnte man alle anderen Bundessteuern um 10% senken. Was ja Herr Westerwelle schon immer wollte. Vermehren sich diese 245 Milliarden im gleichen Tempo wie bisher, werden diese 55 Milliardäre im Jahr 2018 über 500 Mrd. besitzen und im Jahr 2028 über eine Billion. Schon heute besitzen die 4% Reichsten zusammen etwa 1,9 Billionen Euro und damit 30% der privaten Geldvermögen oder das 6,7-fache des Bundeshaushalts. Würde man nur die 1,9 Billionen dieser 4% Reichsten auf die restlichen 66,9 Millionen erwachsenen Deutschen umlegen, bekäme jeder 29.000 Euro. Das Durchschnittsvermögen von 88.000 Euro stiege dann mit einem Schlag auf 117.000 Euro an. Oder: Wenn jemand 7,5 Mio. Euro besitzt, könnte man mit seinem Vermögen die monatlichen 351.- Euro der 7,5 Millionen Hartz IV-Empfänger gerade mal einen einzigen Monat lang um einen Euro erhöhen. Mit den 20 Mrd. des Karl Albrecht könnte man sie dagegen fast acht Monate lang auf 702.- Euro verdoppeln. Oder zwei Jahre lang um monatlich 111.- Euro erhöhen. Oder 84x alle maroden Straßen Nordrhein-Westfalens reparieren lassen. Weitere solche Umlage-Überlegungen siehe Humane Wirtschaft 2/07, S.13. Wohlgedemerk: Niemand will die Milliardäre enteignen. Es geht nur um angemessene Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern, Solis, Pflichtenleihen oder „Wiedergutmachung“ wie nach 1945. Es geht darum, die automatische leistungslose Vermehrung auf Kosten der Bevölkerungen wenigstens zu stoppen, bestenfalls langsam zurückzufahren. Da aber seit 2002 laut DIW ausschließlich die Vermögen der 10. Säule zugenommen haben, die der anderen neun Säulen aber abgenommen, kann man den Anstieg der Ungleichverteilung nur stoppen, wenn man allein die 10. Säule mit Vermögenssteuern belastet und die anderen >

Verteilung von Geldvermögen und Schulden in Deutschland 2009:		
	Geldvermögen	Schulden
Staat (Bund, Länder, Gem.)	praktisch Null	1 700 000 000 000
Unternehmen	etwa ausgeglichen	
private Haushalte	ärmere 90%	zahlen über Preise, Mieten und Steuern mehr Zinsen und Renditen als sie über eigene Guthaben wieder einnehmen
	reichste 10%	können als einzige so viel Geld anlegen, dass sie mehr Zinsen und Renditen einnehmen, als sie über Preise und Steuern zahlen.

Abbildung 2

nicht. Diese Vermögenssteuern müssten dort mindestens die Größenordnung haben, wie der bisherige jährliche Anstieg (Vergl. Humane Wirtschaft 2/09, S.38).

Das alte Konservativen-Märchen, wonach die Umlage der Milliardenvermögen auf alle nur ein paar Cent für jeden brächte, stimmt also nicht¹¹⁾. Hinzu kommt: Diese Geldvermögen und mit ihnen die Ungleichverteilung steigen dramatisch an, von 50 Mio. DM (= etwa 25 Mio. Euro) im Jahre 1950 auf heute 5,4 Bio. Euro, d.h. in 59 Jahren auf das 216.000-fache. Weltweit übersteigen zahlreiche Privatvermögen einzelner Milliardäre bereits die Staatshaushalte großer Mittelstaaten wie Mexiko oder Ägypten¹⁰⁾. Diese großen Vermögen dürften, von Ausnahmen abgesehen, auch in der Finanzkrise weiter angestiegen sein. Eine winzige Minderheit ertrinkt in Geld, während 2/3 der Menschheit in Armut versinken.

Die Übervermehrung des Kreditvolumens

Jetzt sehen wir, warum der oben erwähnte Ökonom Kenneth Galbraith recht hatte: Die Finanzkrise ist in erster Linie eine Verteilungskrise und erst in zweiter Linie eine Bankenkrise. Ohne die aberwitzigen vagabundierenden Milliarden vieler Milliardäre und ohne das Vorbild ihrer meist leistungslos erzielten leistungslosen Milliardengewinne hätte es keine derartige Kreditblase gegeben und damit keine Finanzkrise. Man hat zuerst leistungslose Abschöpfung von der realen Wertschöpfung¹⁾ der Arbeitenden betrieben und dann die abgeschöpften Milliarden den Wertschöpfenden als billige oder faule Kredite wieder aufgedrängt. Und dann hat man der Politik weisgemacht, diese Kredite seien „Motor der Wirtschaft“. Und die glaubt das heute noch und schmeißt weiter die realen Milliarden der Wertschöpfenden den Abschöpfenden hinterher. So, als würde eine Versicherung ihre Erstattungen nicht an die Beitragszahler leisten, sondern an die Schadensverursacher.

Die pausenlose, lautlose Umverteilung von Arm nach Reich, von Schulden zu Vermögen, von Wertschöpfung zu Abschöpfung wurde in dieser Zeitschrift bereits ausgiebig

dargestellt (*siehe Tabelle, Abb. 2*). Das eigentlich Dramatische daran ist weniger, dass Staat, Unternehmen und 90% der privaten Haushalte alle Zinsen und Renditen bezahlen. Das eigentlich Dramatische daran ist, dass weit über 75% dieser Zahlungen letzten Endes leistungslos auf den privaten Konten jener 10% Reichsten landen, die sich ohnehin schon über 61% der privaten Geldvermögen angeeignet haben. Das ist die eigentliche Sensation des DIW-Berichts.

Und dass diese ständige Übervermehrung sich fortlaufend vollautomatisch selbst steigert. Bekanntlich zahlen 90% der Bevölkerung über Preise, Mieten und Steuern mehr Zinsen und Renditen, als sie über ihre Guthaben wieder einnehmen. Das ist der eigentliche Grund, warum laut DIW-Bericht die Vermögen von 90% der privaten Haushalte ständig abnehmen. Und das ist auch der Grund, warum die großen privaten Geldvermögen der reichsten 10% der Bevölkerung die einzige Position ist, die sich ständig automatisch vermehrt, und zwar durch alle Formen von Schulden und Krediten, insbesondere durch die wahnwitzige Kreditexpansion in den USA und durch die westlichen Staatsschulden. **Solange es Kapitalrenditen gibt, sind Kredite in erster Linie Motor der Ungleichverteilung und erst in zweiter Linie Motor der Wirtschaft. Die gesamte private Kreditwirtschaft ist mittlerweile die große, unerschöpfliche und leistungslose Einnahmequelle der 10% Reichsten. Und wird es dank der „Rettungspakete“ auch weiter bleiben.** Das war nicht immer so: Bei Adenauers Finanzminister Schäffers „Juliesturm“ und bei den großen Staatsfonds (China, Russland, Arabische Staaten) flossen und fließen die Kapitalrenditen den Staaten zu und nicht den privaten Milliardenvermögen¹²⁾. Das ist der Grund, warum China als einzige Macht aus der Wirtschaftskrise gestärkt hervorgehen wird. So wie seinerzeit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der immer rasantere Anstieg der großen privaten Geldvermögen hat auch noch eine weitere Ursache: Während bis 1975 in Deutschland das BIP schneller gestiegen ist als die privaten Geldvermögen, steigen seit 1975 die privaten Geld-

vermögen real schneller an als das BIP. 1993 haben sie das BIP erstmalig überholt und im Jahr 2000 stiegen sie pro Jahr bereits mehr als sieben mal so schnell an. Das liegt daran, dass das BIP (entgegen verbreiteter Annahme) seit 1950 real immer nur linear gestiegen ist, die Geldvermögen aber real und nominal exponentiell¹³⁾. Diese beiden einzelnen Kurven werden denn auch von den Schulökonomern nicht beanstandet, wohl aber deren Darstellung in einer gemeinsamen Grafik. Denn man dürfe nicht Strom- und Bestandsgrößen zusammen darstellen. Das lerne man im zweiten Semester in der Betriebswirtschaft. Gleichwohl deckt aber die gemeinsame Darstellung beider Kurven einen verhängnisvollen Mechanismus auf: Solange das BIP schneller stieg als die Geldvermögen, konnte deren Anstieg noch aus dem Zuwachs des BIP bedient werden. Der danach gleichbleibende Rest des BIP konnte ständig weiter an die Bevölkerung verteilt werden. Seit der Anstieg der Geldvermögen jedoch den des BIP überholt hat, kann er nicht mehr aus dessen Anstieg bedient werden, sondern nur noch aus dessen Grundstock. Seitdem erfolgt dieser Anstieg zwangsläufig immer auf Kosten der unteren und mittleren Einkommen. Seitdem erzeugt jeder Reichtumszuwachs einen Armutszuwachs am anderen Ende der Skala. Spätestens von diesem Zeitpunkt an gilt: der private Reichtum erzeugt die Armut. Nicht nur die der ärmeren Bevölkerungsschichten, sondern auch die des Staates. Nachdem die Reichen den Globus und die Bevölkerungen geplündert haben, plündern sie nun die Staaten. Und die Politik leistet Beihilfe.

Solange der Anstieg der Milliardenvermögen nicht gestoppt wird, muss auch der Anstieg der Gesamterschuldung von Staat, Unternehmen und privaten Haushalten ständig parallel weitergehen. So lange aber die Gesamtverschuldung steigt oder gleich bleibt, ist aller Abbau von Staatsschulden immer nur Abwälzen auf Unternehmen und private Haushalte.

Arbeitserhalt gegen Überkapazitäten?

Die Finanzkrise muss auch als Sättigungskrise gesehen werden: In den USA stehen jetzt Millionen Einfamilienhäuser leer. Es waren ohnehin überwiegend freistehende, landschaftsfressende Energieschleudern aus billigstem Holzständerwerk, und das zumeist ausgerechnet in Hurrikan-, Waldbrand- und Überschwemmungsgebieten. Das kann man kaum als angemessenen Wohnraum bezeichnen, selbst wenn man einräumt, dass viele ihrer Bewohner jetzt obdachlos sind. Das wurde nicht in erster Linie wegen eines tatsächlichen Bedarfs gebaut, sondern vor allem, um Vorwände für Arbeits-, Kredit- und Rendite-Erzeugung zu schaffen, um die riesigen Überkapazitäten einer fehlentwickelten

Bauindustrie mit aller Gewalt am Leben zu erhalten. Gleichzeitig ließ man Brücken und Infrastrukturen aufgrund öffentlicher Armut verfallen. Das gleiche gilt auch weitgehend für die Autoindustrie und einige andere Branchen. Bereits 1997 wurden weltweit jährlich 20 Mio. Autos mehr gebaut als abgesetzt¹⁴⁾. Nicht der krampfhaft erhaltene Überkapazitäten in Auto-, Bau- und Finanzindustrie ist die Lösung, sondern eine vernünftige Verteilung des immer größeren Volkseinkommens und der immer geringeren Menschenarbeit, mit dem es erwirtschaftet wird. Während eine Milliarde Menschen hungert, versucht man bei uns, den Menschen mehr Konsum aufzuschwatzen, um „die Finanzkrise zu überwinden“. Hinzu kommt in Deutschland auch noch eine Exportblase. Auch deren Ende war seit langem abzusehen. Denn die großen sogenannten „Schwellenländer“ wie China und Indien emanzipieren sich zunehmend wirtschaftlich und technisch. Darüber hinaus werden wir unseren Technologievorsprung auch mit den derzeitigen Bildungsanstrengungen nicht halten können. Wie kommt es, dass Ökonomie und Politik nicht in der Lage sind, Sättigung dankbar als Zeichen von Wohlstand zu sehen, sondern immer nur als zu bekämpfende Katastrophe? Antwort: Es ist die Folge unseres Wachstums- und Arbeitsbeschaffungswahns.

Wenn unser Wachstum um 6% „einbricht“, wird das als Katastrophe gedeutet. Dabei heißt es nichts weiter, als dass es uns dann so gut geht wie drei Jahre zuvor. Und da glaubten wir, dass es uns sehr gut ginge. Dennoch gibt es bei 6% Wachstumsrückgang mehr Arbeitslose als drei Jahre zuvor, und das, obwohl der Wohlstand doch genau so groß ist wie damals. Wie kommt das? Weil dieser Wohlstand heute von mehr Maschinen und weniger Menschen erwirtschaftet wird als damals. Weil die Produktivität pro Arbeitsplatz dank der Maschinisierung ständig steigt.

Wo ist dann das Problem? Wieso finden wir es schlecht, wenn wir den gleichen Wohlstand erwirtschaften wie vor drei Jahre zuvor, noch dazu mit weniger Menschenarbeit? Weil man plötzlich aufgrund eines ideologisch bedingten Arbeitswahns den arbeitslos gewordenen Menschen nichts mehr von dem gleich gebliebenen Wohlstand abgibt. Weil eine verbohrt Ökonomie und Politik den Wohlstand der Arbeitenden hartnäckig weiter an die Voraussetzung jener Menschenarbeit knüpfen, die inzwischen von den Maschinen erledigt wird. Und weil die dann Arbeitslosigkeit wider besseres Wissen auf Faulheit zurückzuführen suchen. Und warum machen die das? Aus schlichter Kumpanei mit der Kapitaleseite. Sie wollen, dass die neuen Maschinen das Geld ausschließlich für die Kapitaleseite verdienen, nicht für die Bevölkerungen und schon gar nicht für diejenigen, denen die Maschinen die Arbeit weggenommen haben. >

Das hat fatale Konsequenzen. Solange die Einkommen weiter an die Menschenarbeit gekoppelt bleiben, kann der Staat auf jede Sättigung nur mit sinnloser Weiterproduktion reagieren, mit Weiterarbeit um jeden Preis. Man versucht, Sättigung durch Zusatzfütterung zu überwinden. Wenn mehr Autos produziert werden, als die Welt braucht, steckt man Milliarden Steuergelder in Autoindustrie und Abwrackprämien, um die Überkapazitäten um jeden Preis zu erhalten. Und von wem nimmt der Staat dann das Geld dafür? Nehmen sie es vielleicht von dem, was jetzt die Maschinen jetzt statt der Menschen für die Kapitalseite erwirtschaften und was den von Arbeit Befreiten vorenthalten wird? Nein, sie nehmen das Geld ausgerechnet auch noch von denen, denen sie bisher schon das von den Maschinen verdiente Geld vorenthalten haben.

Neben der bereits geschilderten, exponentiellen Übervermehrung der privaten Milliardenvermögen ist dies die zweite Entwicklung, von der man mit absoluter mathematischer und wissenschaftlicher Gewissheit sagen kann, dass sie nicht bis in alle Ewigkeit weitergehen kann: Die Kopplung der Einkommen an die zurückgehende Menschenarbeit und der ständige Versuch der Erfindung überflüssiger oder sogar schädlicher Ersatzbeschäftigung. Mit albernen Gemeinplätzen wie „Vorfahrt für Arbeit“ lassen sich Überkapazitäten und Sättigungskrisen nicht überwinden. Sie sollen offenbar nur die Angst vor der Arbeitslosigkeit schüren, mit der die Kapitalseite die Bevölkerung gezielt in Schach hält.

Zusammenfassung

Jetzt sehen wir, warum die anfangs zitierte Behauptung so schrecklich falsch ist, wonach die Finanzkrise in erster Linie das Werk böser Manager sei. Tatsächlich ist sie nicht in erster Linie eine Bankenkrise, sondern vielmehr eine seit langem vorhersehbare Verteilungs-, Sättigungs- und Ideologiekrisis. Dieser Crash und seine tatsächlichen Ursachen sind spätestens seit 1997 beharrlich vorausgesagt wor-

den¹⁵⁾. Auch die allgemeine Annahme, es handele sich um eine „vorübergehende Flaute“, ist trügerisch. Mit der bloßen Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte ist es nicht getan. Solange die Übervermehrung der Milliardenvermögen und -kredite zu Lasten der Bevölkerungen ungebremst weitergeht und solange die industrialisierungsbedingte Sättigung und Befreiung von Menschenarbeit durch die Maschine weiter in „Arbeitslosigkeit“ und „Prekarisierung“ verwandelt wird, wird alle „Erholung“ bestenfalls vorübergehend sein. Beide Entwicklungen können auch deshalb gesellschaftspolitisch nicht hingenommen werden, weil sie über kurz oder lang in Zusammenbrüchen enden müssen. Das können Finanzcrashes, Umstürze oder Kriege sein oder die „logische“ Aufeinanderfolge solcher Vorgänge wie 1929. Eine Regierung, die sich per Eid verpflichtet hat, Unheil von ihrem Volk abzuwenden, müsste deshalb diesen Entwicklungen entschlossen entgegenwirken.

Gewiss, man macht nicht den gleichen Fehler wie 1929, indem man die Krise durch Sparen verstärkt. Aber man wiederholt den noch schlimmeren Fehler: Man verdrängt einer lieb gewordenen Ideologie zuliebe die tatsächliche Ursache Ungleichverteilung und heizt sie durch Milliarden schmeißerei an die Kapitalseite noch weiter an. Allzu erfolgreich ist die Vernebelung durch die „konservativen“ Wirtschafts ideologien der Reichen. Wie sich 1929 aus der extremen Ungleichverteilung nacheinander Massenarmut, Nazizulauf und Weltkrieg entwickelten, hat Kenneth Galbraith eindringlich aufgezeigt¹⁶⁾. Wie jüngste Untersuchungen zeigen, sind wir bereits bei Punkt drei angelangt: 5 -18% Nazizulauf bei der Jugend¹⁷⁾. Das ist nicht mit halbherzig empfohlener „politischer Diskussionsarbeit“ zu überwinden, sondern nur mit Ursachenbeseitigung. Und das heißt: Den Anstieg der Ungleichverteilung stoppen. Das Geld muss direkt in Realinvestitionen und an die Bevölkerungen fließen und nicht in Schrottpapiere und Pleitebanken. Keynesianisch, nicht monetaristisch. Und um sicherzustellen, dass es sofort in den Kreislauf gelangt und nicht angstgespart wird, wäre für die „Rettungspakete“ ein Gutscheinsystem oder Verfallsgeld das einzig Richtige. ■

Der Text beruht auf einem Vortrag, der am 28.2.09 in Hannover im Hotel Welfenhof gehalten wurde.



Zum Autor: Prof. Günther Moewes, Jrg. 1935, Architekt. Erster Prorektor u. Dekan an der FH Dortmund, FB Architektur 1996 Beginn von Forschung und Lehre über die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Exponentiellen im Wirtschafts- und Geldsystem. Zusammenfassung der bisherigen Forschungen und Veröffentlichungen in dem Buch: „Geld oder Leben“. www.guenthermoewes.de

Anmerkungen:

- 1) Vergl. Verf.: „Über Wertschöpfung und Abschöpfung“, Humane Wirtschaft 2/07, S. 14 - 21.
- 2) Vergl.: Sahra Wagenknecht: „Wahnsinn mit Methode“. Berlin 2008.
- 3) Siehe: Joachim R. Frick, Markus M. Grabka: „Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland“. In: DIW-Wochenbericht 4/2009 (www.diw.de, www.boeckler.de, fairconomy 1/09, S.4), ferner: DIW-Wochenbericht 45/07.
- 4) Süddeutsche Zeitung v. 7.11.07 u. dazu Leserbrief d. Verf.: „Nichts vermehrt sich nicht“ am 17/18.11.07. Das enorme Ausmaß der Ungleichverteilung war damals bereits bekannt. Die Zahlen standen schon im August 2004 in: Verf.: „Geld oder Leben“ (u.a. im Klappentext), sowie im November 2004 im „1. Armuts- u. Reichtumsbericht der Bundesregierung“.
- 5) Die Rentenerhöhungen von 0,54% (2007), 1,1% (2008) und 2,41% (2009) ergeben zusammen 3,99% seit 2006. In dieser Zeit betrug aber die Inflation bekanntlich zusammen 6,74%. Daraus ergibt sich ein realer Nettokaufkraftverlust von 2,75%. „Deutlich mehr Geld für Rentner“ lautete dennoch die Schlagzeile der Süddeutschen Zeitung v.17.3.09. „Deutlich weniger“ wäre richtig gewesen. Das gleiche gilt für die in Mode gekommenen vermeintlichen „Lohnerhöhungen von 5%, verteilt über zwei Jahre“. Auch das sind in Wirklichkeit Netto-reallohnverluste (Bahngewerkschaften, Verdi).
- 6) Eine der wenigen Ausnahmen war der Beitrag von Beate Bocking „Vermögen in Deutschland immer ungleicher verteilt“ in: Fairconomy 1/09.
- 7) Die Zahl stammt aus: „Forbes Magazine“, New York. Erfolgreichstes Wirtschaftsmagazin, bekannt durch seine Ranglisten, u.a. der „500 größten Unternehmen“ und der „Milliardäre der Welt“.
- 8) Vergl. Verf.: „Geld oder Leben“, 2004, S. 40.
- 9) Die an sich sehr zutreffende, von Helmut Creutz geprägte und von mir übernommene Formulierung „Übervermehrung der privaten Geldvermögen“ muss nach dem DIW-Bericht lediglich um ein Adjektiv ergänzt werden: „Übervermehrung der großen privaten Geldvermögen“. Vergl. auch: Helmut Creutz: Tumorartige Selbstvermehrung der Geldvermögen, Humane Wirtschaft 01/09, S.30 ff.
- 10) Siehe: Le Monde Diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung, sowie: Verf.: „Geld oder Leben“, 2004, S. 213.
- 11) Vergl. Verf.: „Geld oder Leben“, 2004, S. 37: Die Geschichte vom Baron Rothschild, dem ein Revoluzzer zurief: „Verteilen Sie Ihr Geld an die Armen!“ Worauf ihm der Baron einen Franc zuwarf: „Hier haben Sie Ihren Anteil!“
- 12) Vergl. Verf.: „Geld oder Leben“, 2004, S.67.
- 13) Vergl. Verf.: „Das Grundproblem des Kapitalismus“. In: Humanwirtschaft 1/08, S. 12 – 18, sowie: ÖkologiePolitik, Aug. 08, S. 10 – 13.
- 14) Siehe u.a.: William Greider: „Endstation Globalisierung“, München 1999.
- 15) Siehe Verf.: „Aussagen zur Finanzkrise seit 1997“ (www.guenthermoewes.de/finanzkrise)
- 16) John Kenneth Galbraith: „Der große Crash 1929. Ursachen, Verlauf, Folgen“. München 2005.
- 17) Bundesweite Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Siehe: „Rechtsradikalismus wird zur Jugendbewegung“, Süddeutsche Zeitung v. 18.03.09, S. 6.

„Es gibt keine armen Leute. Es gibt nur einkommensentfernte Schichten...“

Volker Pispers, Kabarettist